

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

39 (15.2.1918)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Blagen od. am Postkasten monatl. 1.10 M., 1/2jähr. 5.30 M., zugestellt durch unsere Träger 1.20 bzw. 5.60 M.; durch die Post 1.24 M. bzw. 5.72 M.; durch die Zeitpost 1.25 M. bzw. 5.60 M., vorauszahlbar. Ausgabe: Samstag mittags. Geschäftszeit: 7-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleite od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluss d. Annahme 1/9 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Puchdruckerei Gsch & Cie. Karlsruhe.

Die letzten Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Ueber die letzten Verhandlungen mit der Petersburger Regierung in Brest-Litowsk werden nachträglich folgende offiziellen Berichte ausgegeben:

W.B. Berlin, 14. Febr. (Nicht amtlich.) Ueber den Verlauf der beiden letzten Sitzungen der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der politisch-territorialen Fragen, die mit der bekannnten Erklärung Trotskys schloß, wird nachträglich noch folgendes bekannt:

Die Kommissionsitzung vom 9. Februar leitete Staatssekretär von Kühlmann durch eine zusammenfassende Darlegung über das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen ein. Er stellte fest, daß eine erhebliche Annäherung der beiderseitigen Standpunkte auch in diesen eingehenden Debatten nicht habe erzielt werden können. Persönlich habe er den Eindruck, als ob durch eine weitere Erörterung auf der bisher von beiden Parteien angenommenen Grundlage kein günstiger Erfolg erzielt werden könne. Man könne eine unumschränkte Ausdehnung von Erfolg verprechenden Verhandlungen nicht ins Auge fassen. Die heutige Verhandlung des gesamten Problems habe den Zweck einen Weg der Verständigung vielleicht noch ausfindig zu machen. Da die rechtspolitischen Fragen zwischen den Spezialkommissionen bereits eingehend erörtert worden seien, so würden im Falle einer Einigung über die politischen Fragen auf diesem Gebiet ernstliche Schwierigkeiten kaum noch zu überwinden sein. Auch auf dem Gebiet der Handelsfragen sei eine befriedigende Lösung nicht ausgeschlossen.

Minister des Aeußern Graf Czernin erklärte, daß ein auch nach so langes Sinauschieben theoretischer Erörterungen wenig Aussicht auf Einigung bestehe. Er wüßte die Frage offen zu lassen, wie diese geplanten territorialen Veränderungen an der russischen Westgrenze aufzufassen seien, und ob die Gestaltung dieser Veränderungen tatsächlich den Friedensschluß hindern würde oder nicht.

Herr Trotsky entgegnete, daß vom russischen Standpunkte aus die Anwendung, welche die Gegenpartei dem Grundsatze des Selbstbestimmungsrechts der Völker geben wolle, der Ablehnung dieses Grundsatzes gleichkomme. Die geplante neue Grenzführung müsse vom militärischen und strategischen Gesichtspunkte aus beurteilt werden. Durch die Stellungnahme des Vierbundes gegenüber der Ukraine sei eine neue Schwierigkeit entstanden. Der Redner protestierte eingehend gegen die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwischen den Vierbündlern und den Bevollmächtigten der Kiewer Rada. Diese Handlungsweise müsse Zweifel daran erwecken, daß die Mittelmächte mit der Regierung des föderativen Rußlands zu einer Verständigung gelangen wollen, weshalb er den Vertrag mit der Kiewer Rada als für das ukrainische Volk und für die Regierung ganz Rußlands geltungslos erkläre.

Staatssekretär von Kühlmann schlug unter Bezugnahme auf die Bemerkung Trotskys, daß die als russisch angenommene Westgrenze die in Aussicht genommenen Grundlinien der Verhandlung durch Sachverständige bedürfe, vor, die Frage der Grenzführung einer am Schluß der Sitzung zu bildenden Unterkommission zu überweisen, die in einer auf den folgenden Tag anzuberäumenden Sitzung der politischen Kommission über das Verhandlungsergebnis berichten solle. Der Bericht dieses Unterausschusses würde für das weitere Schicksal der Verhandlungen ausschlaggebend sein. Indem Staatssekretär von Kühlmann lobend auf die bei der Grenzführung maßgebenden allgemeinen Gesichtspunkte einging, wies er die Andeutungen Trotskys zurück, als ob den verbündeten Zentralmächten bei Führung dieser Grenzlinie irgendwelche Pläne bezüglich Rußlands vorgezeichnet hätten. Die dauernde Pflege eines guten und freundschaftlichen Verhältnisses zu dem großen östlichen Nachbarn sei eine dauernde Grundlage der deutschen Politik gewesen und auch in Zukunft werde die deutsche Politik dem neuorganisierten Rußland gegenüber ein freundschaftliches Verhältnis anstreben unter Vermeidung der Einmischung in innere russische Verhältnisse nach Kriegsschluß. Bezüglich der Haltung der Mittelmächte gegenüber der Ukraine bemerkte Herr von Kühlmann, daß sich aus dem Abschluß des Friedensvertrages mit den Vertretern der ukrainischen Volksrepublik für die Mittelmächte ohne weiteres die nötigen Folgerungen ergeben. Von einer Erörterung des staatsrechtlichen Verhältnisses der Ukraine sei eine Forderung der Verhandlungen nicht zu erwarten. Trotz der von den Mittelmächten vertretenen Auffassung, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den Randgebieten in diesen Gebieten bereits ausgeübt worden sei, seien die verbündeten Regierungen bereit, durch planmäßigen Ausbau der bestehenden Vertretungsorgane die Möglichkeit einer Kundgebung auf breiterer, volksläufigster Grundlage zu schaffen.

Graf Czernin bemerkte, das Verhältnis der Ukraine zur Petersburger Regierung gehe den Vierbund nichts an. Der Friedensschluß mit der Ukraine sei kein unfreundlicher Akt gegenüber der russischen Regierung. Durch den Friedensvertrag sei die Ukraine kein den Mittelmächten verbündeter, sondern ein

neutraler Staat geworden. Dasselbe würde mit Rußland der Fall sein, wenn es zwischen diesem und dem Vierbund zu einem Friedensschluß käme. Könne kein Frieden zwischen dem Vierbund und dem Rat der Volkskommissare zustande kommen, so hätte der Vierbund die ukrainischen Gebiete als neutrale, die dem Einfluß des Rates der Volkskommissare dagegen unterstehenden Gebiete bis auf weiteres als feindliche zu betrachten.

Auf die Frage Trotskys nach der Grenzführung südlich von Brest-Litowsk, über die mit den Ukrainern verhandelt worden sei, entgegnete von Kühlmann, daß auch hierbei ein verständiger Mittelweg gesucht würde. Herr Trotsky erklärte sich hierauf mit dem Zutritt einer militärtechnischen Kommission zur Prüfung der Grenzlinie einverstanden.

Staatssekretär von Kühlmann, von dem Wunsch der Beschleunigung der Verhandlungen geleitet, schlug eine neue Fassung vor, die unter Umständen den 2. Artikel des zu vereinbarenden Friedensvertrages bilden könnte: Rußland nimmt Kenntnis von folgenden territorialen Veränderungen, die mit der Ratifikation des gegenwärtigen Friedensvertrages eintreten: Die Gebiete zwischen den Grenzen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns und einer Linie, die — verläuft, werden der territorialen Oberhoheit Rußlands nicht mehr unterliegen. Aus ihrer ehemaligen Zugehörigkeit zum russischen Kaiserreich erwachsen ihnen keinerlei Verpflichtungen Rußlands gegenüber. Das künftige Schicksal dieser Gebiete werde in dieser Beziehung im Einvernehmen mit ihren Willern entschieden werden, und zwar nach Maßgabe der Vereinbarungen, die Deutschland oder Oesterreich-Ungarn mit ihnen treffen werde.

Im Zusammenhang damit bemerkte Staatssekretär von Kühlmann, daß der wesentliche Inhalt des Artikels 1 des ersten Vorstages für den Vierbund eine *conditio sine qua non* des Friedensschlusses sei. Die Mittelmächte hätten die Räumung gewisser Gebiete zugestimmt unter der Bedingung der gleichzeitig stattfindenden Räumung der Gebiete ihrer Verbündeten. Als Zeitpunkt von dem an für die Mittelmächte die Räumungspflicht beginnen werde, werde das Ende der russischen Demobilisierung in Aussicht genommen. Hinsichtlich dieses Zeitpunktes seien die Mittelmächte zu Konsessionen bereit, doch könne ein Friedensschluß nicht in Frage, in dem die Aufhebung der Räumung der verbündeten Gebiete durch die Truppen der Petersburger Regierung nicht enthalten sei. — Bezüglich der Malandrasage verwies Staatssekretär von Kühlmann darauf, daß man nach Friedensschluß Deutschland als Minimum das an Rechten wieder einräumen müsse, was Deutschland bei Kriegsausbruch vertragsmäßig genoss.

Herr Trotsky erwiderte, daß Rußland seine Truppen ebenso wie aus Serbien aus den türkischen Gebieten zurückziehen werde. Selbstverständlich würde dies in klarer und bestimmter Form in einem etwaigen Vertrag mit der Türkei zum Ausdruck kommen.

Erweiternd bemerkte Staatssekretär von Kühlmann, daß der Ausdruck „Minimum“ bei der Malandrasage als deutsche Forderung anzusehen sei.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Der letzte Versuch.

W.B. Berlin, 14. Febr. (Nicht amtlich.) Am 10. Febr. hielt die Unterkommission zur Prüfung der Grenzlinien zwei Sitzungen ab, in denen in erster Linie die militärischen Sachverständigen zu Wort kamen. Während russischerseits verneint wurde, die strategischen Nachteile nachzuweisen, denen Rußland durch die neu vorgeschlagene Neuführung seiner Westgrenze ausgesetzt wäre, wurde deutscherseits dieser Auffassung damit entgegnet, daß es sich nicht um eine russisch-deutsche Grenze, sondern um eine Grenze Rußlands mit den neuen Bundesstaaten handelte. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden.

Zu Beginn der Sitzung der Vollkommission am 10. Febr. erstattete auf Eruchen von Kühlmanns der Vorsitzende der Unterkommission über das Beratungsergebnis Bericht.

Auf die Frage Kühlmanns an Trotsky, ob er noch irgendwelche zu einer befriedigenden Lösung beitragenden Mitteilungen zu machen habe, erklärte Trotsky unter Ausfällen gegen den Imperialismus der Welt, Rußland wolle an dem Kriege keinen Anteil mehr haben und jähre deshalb sein Heer und Volk aus dem Kriege heraus. Rußland gäbe den Krieg auf und gebe den Befehl zur vollständigen Demobilisierung aller jetzt den Vierbundsstaaten gegenüberstehenden Armeen. Seine (Trotskys) Regierung lehne es aber ab, die deutsch-österreichischen Bedingungen zu sanktionieren und verzichte auf die Unterzeichnung eines Friedensvertrages.

Hierauf erfolgte die ihrem Inhalt nach bereits erkannte Erklärung über die Beendigung des Kriegszustandes und die Demobilisierung sämtlicher Truppen. Staatssekretär von Kühlmann analysierte den gegenwärtigen Zustand dahin, daß der Vierbund mit der russischen Regierung im Kriege stehe, daß die kriegerischen Unternehmungen durch den Waffenstillstandsvertrag zwar eingee-

stellt seien, aber bei Wegfall dieses Vertrages von selbst wieder aufleben würden. Die Tatsache, daß die eine der beiden Parteien ihre Armeen demobilisiere, werde hieran weder tatsächlich noch rechtlich etwas ändern. Er frage Herrn Trotsky, ob die russische Regierung mitzuteilen beabsichtige, wo die Grenzen des russischen Reiches liegen und ob die Regierung der Volkskommissare gewillt sei, die rechtlichen und Handelsbeziehungen genau in dem Umfang wieder aufzunehmen, wie sich das aus einer Beendigung des Kriegszustandes natürlich ergeben würde.

Nachdem Herr Trotsky erklärt hatte, dem Gelegten nicht viel hinzufügen zu können, schlug Staatssekretär von Kühlmann für den folgenden Tag eine Vollsitzung vor, in der die Stellungnahme der Verbündeten zu den Mitteilungen der russischen Delegation bekannt gegeben würde.

Herr Trotsky erwiderte, seine Delegation habe jetzt alle ihre Vollmachten erschöpft und halte es für notwendig, nach Petersburg zurückzukehren. Alle Mitteilungen der verbündeten Regierungen würden im Schoße der Regierung der föderativen russischen Republik beraten und beantwortet. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Eine Kriegsrede Orlandos.

Rom, 13. Febr. (W.B. Nicht amtlich.) Nach einer Meldung der Agency Stefani hat der Ministerpräsident Orlando gestern in der Kammer eine Rede gehalten, in der er auf die früheren Äußerungen des Kabinetts über den Krieg und die einmütige Zustimmung der nicht gegen den Krieg eingegangenen Parteien verwies und seine Grundgedanken dahin zusammenfaßte: Durchhalten ist die unabweisliche Notwendigkeit angesichts unserer nationalen Ideale und unserer Selbsterhaltungspflicht. Dieser Haltung stimmen alle den Mittelmächten feindlichen Staaten zu. Der Minister verwies auf die sachliche Übereinstimmung der letzten Reden der EntenteStaatsmänner über die Kriegsziele und die Friedensbedingungen. Die verschiedenen Verhältnisse, unter denen sie gesprochen hätten, hätten nur bewiesen, daß alle denkbaren Friedensmöglichkeiten dem Gegner zur Kenntnis gebracht worden seien, dieser aber habe sich nicht bereit gezeigt, auf sie einzugehen. Der Redner charakterisierte die Ergebnisse von Brest-Litowsk als eine einfache Uebergabe der in Rußland zur Herrschaft gekommenen Parteien und zog daraus die Folgerung, daß das Streben nach einem Frieden um jeden Preis zu einem schiefen Frieden führe. Die Reden des Reichskanzlers Grafen Hertling und des Grafen Czernin, die bei der letzten Ententezusammenkunft eingehend besprochen worden seien, hätten trotz ihrer ionigen Verschiedenheit in den Forderungen die Alliierten übereinstimmend zurückgewiesen. Hertling und Czernin forderten alles ein und gewährten nichts; daher habe man es für überflüssig und schädlich angesehen, sich bei solchen gegenstandslosen Ermahnungen aufzuhalten. Man müsse den Krieg mit allen Kräften fortsetzen und Italien müsse seine Kriegsziele nach den Erfahrungen dieses Krieges noch bestimmter als vorher aufrechterhalten, nämlich die Vereinigung aller Italiener und die Erlangung gesicherter Land- und Seegrenzen. Italien stehe vor der Frage, zu sein oder nicht zu sein. Es sei also eine Beleidigung, ihm das Streben nach Vorrücktheit oder die Unterdrückung anderer Völker unterzuschreiben. Der Redner betonte vielmehr sein und Italiens Mißgefühl für unterdrückte Nationalitäten angesichts des quälenden Gedankens an die Leiden der eigenen Volksgenossen. Solange Italiens Ziele nicht erreicht seien, müsse der Krieg weitergehen. Der Feind sei also an seiner Verlängerung ebenso wie an seinem Ausbruch schuldig. Hiernach und gemäß Rußlands Versagen habe der Oberkriegsrat der Alliierten seine Entschlüsse gefaßt.

Die Lage in Nordosteuropa ermange nach der Meinung der Entente bis zur Anerkennung sich etwa neu bildender Staaten jeder rechtlichen Grundlage. Schon der Kriegsrat in Versailles habe festgestellt, daß die Westfront infolge der Ereignisse im Osten auf sich allein angewiesen sei und die ganze Last des Krieges zu tragen haben werde. Trotzdem könne man mit Vertrauen in die Zukunft sehen. Der Redner warf einen hoffnungsvollen Blick auf Amerikas Hilfe und einen vorwurfsvollen auf die militärischen Fehler der Entente in der vergangenen Zeit, besonders infolge des Mangels am Zusammenwirken, das jetzt aber gefordert sei. Die außerordentlich schwierige Lebensmittelfrage würde von den Alliierten in herzoglichem Einvernehmen geregelt. Italien leide am schmerzhaftesten darunter, sei aber von den Alliierten unterstützt worden und hoffe auf eine befriedigende Lösung der Schwierigkeiten.

Der Waffenstillstand mit Rumänien.

Berlin, 14. Febr. Ueber Friedensverhandlungen mit Rumänien liegen offizielle Mitteilungen nicht vor, doch dürfte es richtig sein, daß rumänische beauftragte Unterhändler neuerdings die Front überschritten haben, um zunächst eine Verlängerung des Waffenstillstandes nachzujuden.

Zwangsanleihe in Italien.

Vern, 14. Febr. (Privattelegramm.) Die „Bavette d'Italia“ aus Rom erfährt, erwägt die Regierung einen Plan zur Ausübung von Zwangsmaßnahmen gegen diejenigen Kapitalisten, die zur Kriegsanleihe noch nicht gezeichnet haben.

(Weitere Kriegsnachrichten siehe Seite 4.)

Die Friedensoffensive.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht der Berner „Bund... eine Uebersicht über die politische Lage, die, weil sie die Anschauungen eines wohlhabenden Neutralen über die letzten Vorgänge im Osten zum Ausdruck bringt, hier wiedergegeben sei:

Drei Meldungen beherrschen die Politik des Tages: der Sonderfriede der Mittelmächte mit der Ukraine, das Ultimatum Deutschlands an Rumänien und der Verzicht Großrußlands auf einen Friedensvertrag wie auf die Fortsetzung des Krieges.

Die maximalistische Umwälzung in Rußland hat ihren Erfolg wesentlich der Sehnsucht nach dem Frieden zu verdanken, und nun sind die Maximalisten nicht nur zur Kriegführung, sondern sogar zum Friedensschluß unfähig: sie stehen mit ihrem Großrußland da wie der völlerrechtliche Handlungsfähigkeit beraubt.

Der aus dem Drang nach Frieden aufgestiegene Maximalismus hat übrigens bis in die letzte Zeit alles getan, um die Ukraine am Friedensschließen zu hindern; in gleicher Weise wirkt er in Finnland, also in zwei von der Mätereierung in Petersburg als unabhängig anerkannten Staatswesen.

Der Vertrag mit der Ukraine hat für die Mittelmächte vor allem wirtschaftliche Bedeutung. Man erinnert sich der Gegenüberstellung, die Graf Czernin gemacht hat: Anarchie und Revolution seien archaische, Getreide, Vieh, Kohlen seien ukrainische Exportartikel.

Ein paar Tage darauf kam das deutsche Ultimatum, das Rumänien vier Tage Frist einräumt zum Eintreten auf die Friedensverhandlungen.

Der Schöffe.

Die „Münchener Post“ erzählt folgende köstliche Geschichte:

„Sie werden hiermit daran erinnert, daß Sie nach der festgestellten Reihenfolge der für das laufende Geschäftsjahr etwaßten Hauptschöffen in der auf Donnerstag den 14. ... vormittags 8 Uhr, anberaumten Sitzung des Schöffengerichts als Schöffe in Tätigkeit zu treten haben.“

P. S. Sehr geehrter Herr Birkenhagel! Die außerordentlich erschwerte Lebenshaltung in der Großstadt zwingt mich - Sie werden mir das nicht übel nehmen - mit einer etwas ungewöhnlichen Bitte an Sie heranzutreten. Wäre es Ihnen nicht möglich, mir zu dem oben angegebenen Termin etwas Butter, Eier und vielleicht einige Pfund Gelfettes mitzubringen.

Der lange Birkenhagel faltete das amtliche Schriftstück langsam zusammen, suchte ein paarmal kräftig auf den hohlerischen Staat und seine Einrichtungen, nahm die Bescheide zwischen die Zähne und fuhr zum Seuen. Den amtlichen Schrieb übergab er dem Bader mit dem Auftrag, am 13. ... abends, zum Kochieren zu kommen.

Am 14. früh setzte sich Birkenhagel auf den Zug. Er hatte seine beste Klust an. In einem mächtigen roten Schurzrock trug er zwei Pfund Butter, ein Duzend Eier und ein beschweißenes Stückchen Gelfettes mit sich. Je näher der Tag seiner richterlichen Tätigkeit herangekückt war, um so tiefer hatte sich bei ihm ein gewisser Respekt vor der staatlichen Behörde festgesetzt.

Entwicklung im Osten geht immer mehr ins Paradoxe, man sieht sich jetzt Friedensultimaten über die Schilkengraben. Der Rücktritt der rumänischen Regierung läßt darauf schließen, daß Rumänien, der Noilage entsprechend, auf die gebieterisch geforderten Verhandlungen eintraten wird.

Der Friedensvertrag mit der Ukraine enthält eine Stelle, die offenbar als Werberuf gedacht und ganz besonders an Wilson gerichtet ist. Es heißt von den Vertragschließenden: „Sie wollen damit den ersten Schritt tun, einen dauerhaften und für alle Teile ehrenvollen Weltfrieden zu erreichen.“

Und zur Befestigung dieser Einleitung enthält Art. II den Grundab: „Keine Eroberungen“ und Art. V den Grundab: „Keine Entschädigungen“.

Großrußland entläßt sein Front, will keinen Krieg mehr, weil es seinen mehr führen kann, als den Bürgerkrieg; am Bürgerkrieg aber hält es fest. Es will aber auch keine Friedensverhandlungen mehr. Das reiche Material, das im letzten Jahre aus Amerika und England eingeführt wurde zum Kampf gegen die Mittelmächte, soll ins Innere gebracht und der zu schaffenden Roten Armee zur Verfügung gestellt werden.

Sie kommen!

Die Versenkung eines Truppenschiffes, der 2400 amerikanischen Soldaten mit ihren Offizieren nach Europa trug, den denen die meisten gerettet wurden, wird vielen Zweifeln in Deutschland den Ausruf abgerufen haben: „Sie kommen doch! Sie sind unterwegs!“

Es ist besser, den Dingen klar und wahr ins Auge zu blicken, als gefälligen Selbstbetrug nachzuhängen. Als vor einigen Tagen bei der angekündigten Feldmarschall für England darauf hingewiesen wurde, daß der Mangel drüben jetzt erst zu den Maßnahmen führt, die wir schon seit drei Jahren ertragen müssen, stellte ein alldiutsches Blatt die Frage, ob mit solchen Betrachtungen das „sieghafte Durchhalten“ gefördert würde.

Mit erleichtertem Herzen kam Birkenhagel ohne den Rod in den Sitzungssaal zurück. Der Herr Gerichtschreiber im Zuhörerraum drehte die Augen raus. Während die „hohen Herren“, wie drinnen ein lungenträger Verteidiger einmal ums anderemal das Gericht apostrophierte, über den Wert eines Baldmittels Betrachtungen anstellten, iperte der Gerichtsdienner, dem der runde Rod auch längst aufgefallen war, die Türe zum Beratungszimmer auf und steckte die Nase in die Falten des rotgefärbten Luchses.

Die Genegelten klapperten dröhnend über die Fliegen. An der Tür 304 rief Birkenhagel erst zaghaft, dann nachdrücklich. Der Herr Königl. Gerichtschreiber Karl Roth stand oben in der Telefonkabine und erwiderte ein dienstliches Gebräch. So kam es, daß er den Schöffen, auf den er seit einer halben Stunde mit brennender Ungeduld gewartet hatte, überhörte. Birkenhagel stieg brummend die Treppe hinauf. Am Beratungszimmer erwartete ihn der Gerichtsdienner. Ehe er Flug aus sich wurde, sah er neben dem schmerzenden Amtsrichter am Richterisch. Zur Linken hatte er das Schmutztuch, das alle Sehnsucht des Königl. Gerichtsdienners barg, an das Stuhlbein gelehrt.

Die Justiz arbeitete unter Birkenhagels waffiger Assistenz rasch und nachdrücklich. Nur beim Schwandner Toni trat er für eine Strafsverschärfung ein, weil er „den Bozi dörhön für einen Amtsrichter gehalten hatte“. Der Herr Amtsrichter legte sich bei dem Privatier Stampfer, der unter der Anklage der verbotenen Lebensmittelfuhr stand, besonders ins Zeug. Derartige Schädigungen der Allgemeinheit müßten mit abschreckenden Strafen belegt werden. Wo kämen denn da die ordnungsliebenden Elemente hin, die sich an die bestehenden Vorschriften halten. Birkenhagel schmückte, als der Vorsitzende dem Angeklagten Stampfer die 300 Mark Geldstrafe mit einer jaßigen Begründung mündgerecht machte.

Bei jeder geheimen Beratung hatte der Schöffe sein rotgefärbtes Tachntuch mit hinausgenommen. Der Königl. Gerichtschreiber Rot trommelte nervös mit den Fingern auf die Lampe, die den Zuhörerraum absperrte. Seit einer halben Stunde verlichang er den rundlichen Rod, den Birkenhagel vom Sitzungssaal ins Beratungszimmer und vom Beratungszimmer in den Sitzungssaal trug. Dem Amtsrichter fiel beim Lieben den Fall das Schmeuztuch auf, von dem es in schillernden Tropfen rann. Birkenhagel, den die 300 Mark des Privatiers Stampfer auf die Seele drückten, beachtete in abgachaden Worten. Natürlich können Sie das Zeug nicht mehr nach Hause tragen, Herr Birkenhagel, meinte der Herr Amtsrichter in einem merkwürdig milden Tonfall, lassen Sie es ruhig hier im Beratungszimmer stehen, ich werde nach der Sitzung mit Ihnen sprechen, was da zu machen ist.“

Jubelnd eine Rede Hendebrands aus Militisch fertiert, nach welcher in drei Monaten England mit seinen Vorräten zu Ende ist und nur noch von der kümmerlichen Einfuhr kurze Zeit weiterleben könne. Anfang August wurde dann eine zweite Rede Hendebrands aus Trebnitz in die Welt trompetet, sie enthielt die bekannte Erzählung des befreundeten Admirals, daß England nach zwei Monaten anfangen müsse, zu Kreuze zu kriechen. Seitdem sind abermals sechs Monate ins Land gegangen und nichts, keine Spur von diesen großsprechenden Behauptungen hat sich bewahrheitet. England ist jetzt noch in seiner Verjorgung noch besser dran als wir und nimmt sich selbst bei der Einführung der Freischafe noch monatelang Zeit. Ob es zum „sieghaften Durchhalten“ betragt, wenn das deutsche Volk merkt, daß es in dieser Weise fortwährend getauicht wird? Nein, da wollen wir uns lieber bemühen, ihn die Wahrheit zu sagen, soweit das unter den gegebenen Umständen möglich ist.

Deutsches Reich.

„Soll das alles vergeblich gewesen sein?“

Diese Frage stellt in der „Schwab. Tagesztg.“ ein oberungsstufiger Pfarrer. Er beginnt seinen Aufsatz mit dieser Mitteilung:

Das Kirchenbuch meiner Gemeinde schlage ich auf und finde 54 Gefallene unter den 2000 Seelen meiner Kirchengemeinde. 54 Heiden, die dem Vaterland dort draußen die Treue bewahrt bis in den Tod. Anderwärts ist es ebenso der Fall; fast überall in deutschen Landen haben unter 1000 Einwohnern etwa 20 bis 30 mit einem Edlenherben das Hohelied deutscher Treue und deutschen Heldenmutes bis in den Tod gesungen. Und doch will es wie eine heiße Angst über mich kommen, daß all dieses kostbare deutsche Heldenblut umsonst, vergebens vergossen ward.

Ein furchtbares Bild, das der Pfarrer entrollt. Aber noch furchtbarer der Gedanke, daß unzählige Menschenopfer dazu kommen sollen, weil es Leute gibt, die in dem Wahne leben, daß der Krieg mit Eroberungen und Vergevaltungen fremder Völker endigen müsse. Und unendlich traurig, daß ein Prediger der christlichen Nächstenliebe die Männer weiter auf die Schlachtbank schicken will und verlangt, daß sie sich für Ziele hinernehen, die unerreichbar sind, und die, wenn sie erreicht werden könnten, dem deutschen Volke nichts von Wehrel brächten.

Gegen die Zensur.

In der verstärkten Staatshaushaltskommission des preussischen Abgeordnetenhauses kam es am Dienstag zu einer lebhaften Bundedebatte. Gen. Saenisch brachte die Art und Weise zur Sprache, in der die Zensurstelle des Oberkommandos in den Marken mit den Zeitungsberichten über die Verhandlungen der Kommission vom letzten Freitag umgegangen ist. Diese Verhandlungen hatten in erster Linie die Streifsbewegung betroffen. Gen. Saenisch teilte mit, daß durch eine Verfügung des Oberkommandos in den Marken allen Berlin. Klättern die Weitergabe der Ausführlungen des Gen. Sirich rundweg verboten worden sei, während die Provinzpresse darüber vielfach sehr ausführliche Berichte hätte bringen dürfen. Dem „Vorwärts“ sei der ganze Bericht verboten worden, trotzdem in ihm alle Schärren der Debatte mit voller Ablichkeit vor vortierein ausgehern worden seien. Gen. Saenisch legte fcharfen Protest gegen eine solche Behandlung parlamentarischer Kommissionsberichte durch die Zensur ein. Er müßte die verfassungsmäßige Zulässigkeit derartigen Zensurmaßnahmen grundsätzlich bestrreiten. Er erwarte, daß im Interesse des Ansehens des Parlaments sich alle Fraktionen diesem Protest anschließen und daß der Minister des Innern sofort seine Oberkommando die erstfekten Vorstellungen erheben würde, um die Wiederholung ähnlicher unwürdiger Vorgänge unmöglich zu machen.

Aus dem Hause stimmten die Abg. Cassel (F. W.) und Dr. Vohmann (Natl.) den Ausführungen des Gen. Saenisch zu, während die Herren von Cessell (Kon.) und Dr. Reuold (Freikoni.) mehr oder minder das Vorgehen der Zensurstelle zu verteidigen verjuchten. Der Minister des Innern

Nach Schluß der Sitzung schob der Beamte der Rechnungslanzlei dem Schöffen Georg Birkenhagel ein Quittungsformular über den Empfang von 5 Mark für geleisteten Schöffen dienst hin. Den zerkrümelten Schein hielt er in der Hand. Birkenhagel wollte protestieren. Dabei komme er nicht auf seine Rechnung. Das koste ihn das Gelfette selbst. Der Herr Rechnungsbeamte zuckte die Schultern: „Das ist die festgesetzte staatliche Tare, Herr Birkenhagel, darüber kann ich nicht hinaus.“ Früher hatten die Schöffen überhaupt keinen Anpruch auf Entschädigung.

In diesem Augenblick verhand Birkenhagel, warum der Schwandner Toni 5mal wegen Beamtenbeleidigung eingesperrt worden war.

Literatur.

Es werde Licht. Blätter für Humanität und Fortschritt auf allen Gebieten. Herausgegeben von G. Weller und Emil Felden. Eben erschien ein Doppelheft 12 (Januar-Februar) mit reichem Inhalt, aus dem wir anführen: Suchende Seele von G. Böhm. - Neuahrgedanten von E. Felden. - Was ist Kultur? Von Witzgast O. Marculi. - Der Ostentbrief des deutschen Episkopats Märzheiligen 1917 von E. Felden. - Der Tod und dessen Ueberwindung von Th. Schöll. - Von den Zielen von Th. Johannsen. - Das freireligiöse Bekenntnis von A. Veder und Verlag C. Th. Schöll, München. 12 Heite, jährlich 5 Mr., Einzelhefte 45 Pf.

Wafeln fort. Die Leberstübe verkaufen sie an verschiedene Schuhmacher, nämlich an den Heinrich Gottlob Wabberger aus...

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 15. Februar

Neue Gruppierung. Gegenwärtig geht eine „bedeutende“ Bewegung durch die Städte, die bezweckt, eine neue Gruppierung, den sog. „deutschen Gruß“ einzuführen, nämlich — die militärische Grußform.

Die Sache ist übrigens nicht so einfach, wie sie im ersten Moment sich anseht. Wenn Behälter der männlichen Welt haben ja in großer Zahl wohl militärisch geübt gelernt.

Und dann, wie ist es bei den Damen? Haben die auch aufzuheben, die eine Hand an der Brust, die andere Hand an der Hüfte, so sie doch, abgesehen von Unterhosen, gar keine Hoschen anhaben?

Neues vom Tage.

Berlin, 13. Febr. Aus Essen wird dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet, daß sich auf der Feste „Concordia“ bei Oberhausen eine Explosion ereignete, bei der 7 Bergleute getötet, 6 schwer und 3 leicht verletzt wurden.

Kriegsnachrichten. Deutscher Tagesbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, Amtlich, 14. Febr. 1918. Westlicher Kriegsschauplatz. Engländer und Franzosen setzen an vielen Stellen der Front ihre Erkundungen fort.

Die Besprechungen im Hauptquartier. Berlin, 14. Febr. Die letzten Besprechungen im Großen Hauptquartier haben bereits zu einer völligen Klärung und Uebereinstimmung der Auffassungen zwischen der Obersten Heeresleitung geführt.

Gzernins Rückkehr aus West-Potowst.

Wien, 14. Febr. (W.B. Nicht amtlich.) Der Minister des Äußern Graf Czernin traf am Mittwoch nachmittag aus West-Potowst ein. Auf der Zugangsstreife zum Bahnhof hatte sich ein zahlreiches Publikum versammelt, das dem Minister einen außerordentlich herzlichen Empfang bereite.

Friedensmanifest Kaiser Karls

Wien, 14. Febr. (W.B. Nicht amtlich.) Der Kaiser hat ein Manifest erlassen, in dem es heißt: Unter dem Eindruck des Friedens mit der Ukraine wendet sich unser Volk voll Sympathie jenem strebsamen jungen Volke zu, das geübend Entschlossenheit besaß, seiner besseren Ueberzeugung vor aller Welt durch die Tat Ausdruck zu verleihen.

Die Angriffe gegen den obersten Kriegsrat.

London, 14. Febr. (W.B. Nicht amtlich.) Reuter. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses bei der Debatte über die Antwortadresse auf die Thronrede hielt Balfour eine Rede, in der er dem Angriff mehrerer Abgeordneten auf den obersten Kriegsrat in Versailles entgegentrat.

Verjent.

Berlin, 13. Febr. (Amtlich.) Durch Verjagung von 33000 W.R. erleidet der Transportverkehr unserer Feinde im östlichen Mittelmeer eine empfindliche Einbuße. Es handelt sich hauptsächlich um nach dem Orient bestimmte Transporte.

Polo Pascha zum Tode verurteilt.

Paris, 15. Febr. (Agence Havas.) Polo ist einstimmig zum Tode verurteilt worden, Prochere wurde zu 3 Jahren Gefängnis, Cavallini in contumaciam zum Tode verurteilt.

Die Lage im neuen Rußland.

Russische Stimmen über West-Potowst.

Stocholm, 13. Febr. Telegraphische Meldungen aus Petersburg zufolge äußert sich die bolschewistische Presse zu dem Ergebnisse der Verhandlungen in West-Potowst in Zustimmung. Das führende Organ der Sozialrevolutionäre hat zu dem Ereignis noch nicht Stellung genommen.

Die baltischen Deutschen und Litwen vor der Katastrophe.

Berlin, 14. Febr. (Privatmeldung.) Aus Riga wird laut „R.A.“ berichtet, daß die Lage der Deutschen und Litwen, die ihre Rettung von Deutschland erhofften, einer Katastrophe zuerfällt, wenn nicht Hilfe in vier Stunden kommt.

Die Massendefertionen in der russischen Armee.

Berlin, 14. Febr. (Privatmeldung.) Die russische Pressekorrespondenz in der Schweiz meldet laut „S.L.“, daß die Massendefertionen in der russischen Armee nunmehr katastrophalen Charakter angenommen haben, daß namentlich die Regimenter der Spezialtruppen, der Maschinengewehrabteilungen und Bombenwerferkommandos mit jedem Tag immer mehr zusammenstürzen.

Die Lage unserer Gefangenen in Rußland.

Berlin, 14. Febr. Die russische Regierung hat die Absicht, alle in Petersburg befindlichen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, ausgenommen die Invaliden, angeblich wegen der Ernährungschwierigkeiten, sofort nach dem Lokstlager im Gouvernement Drenburg abzugeben.

Die Zustände im Finnland.

Stocholm, 13. Febr. (Nicht amtlich.) Einige schwedische Zeitungen enthalten heute Nachrichten, daß zwischen den russischen Soldaten und den roten Gardeisten ernste Meinungsverschiedenheiten ausgebrochen sind.

Vereinsanzeigen.

- Karlsruhe (Naturfreunde). Morgen Samstag „Gambriunshalle“ Punkt 8 Uhr außerordentliche Generalversammlung. Sonntag, den 23. Febr., abends Punkt 8 Uhr Vereinsfest.

Bekanntmachung.

Herr Stadtverordneter, Geschäftsführer Heinrich Sauerfeld. Obmann des geschäftsleitenden Vorstands der Stadtverordneten, ist zum Stadtrat gewählt worden.

Zuverlässiger Nachwächter

sofort gesucht Gesellschaft Sinner Karlsruhe-Grünwinkel.

Danksagung.

Für die überaus grosse Teilnahme beim Tode meines lieben Mannes

Adolf Hüber

spreche ich Allen meinen herzlichsten Dank aus.

Karlsruhe, den 15. Februar 1918.

Frau Tessie Hüber Ww.

Gold- u. Silber-Ankaufsstelle

Karlsruhe.

Die Annahme von **Gold, Silber, Platin** und **Juwelen** während der

Goldankaufswoche

von

Sonntag, den 17. Februar bis einschl. Sonntag, den 24. Februar

erfolgt im

Rathaus

Zimmer Nr. 73 eine Treppe hoch

täglich von 10—12¹/₂ und 3—5 Uhr

Während der Goldankaufswoche können Auszahlungen nicht vorgenommen werden und bleibt die Geschäftsstelle, Stefaniensstrasse 28, solange geschlossen.

Die **Auszahlungen** für diese Einlieferungen erfolgen nach vorgenommener Taxation **von Montag, den 4. März ab** im bisherigen Lokal **Stefaniensstrasse 28, Montag u. Mittwoch von 10—12¹/₂ Uhr.**

Auch können dort die Beträge für abgelieferte Platinstifte bis zu Nr. 5356 in Empfang genommen werden.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Filiale Karlsruhe.

Am Sonntag den 17. Februar, nachmittags ¹/₃ Uhr, findet in der „Kronenhalle“, Kronenstrasse 3, unsere

Mitgliederversammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Innere Mitteilungen
2. Die städtischen Arbeiter und die gegenwärtige Bewegung. Referent: Gauleiter Bürker, Straßburg.

Alle Kollegen und Kolleginnen werden hiermit ersucht, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.



Arbeiterturnerbund 10. Kreis

3. Bezirk.

Am Sonntag, den 17. Februar 1918, nachmittags 3 Uhr beginnt findet in der Zentralsporthalle, Karlsruhe (Bismarckstrasse) ein

Schauturnen

statt.

Hierzu laden wir Freunde und Gönner unserer Turnsparte freundlichst ein.

— Programme sind am Eingang erhältlich. —

Der Bezirkssturzrat.

Zuverlässiger

Möbelpacker

gesucht. Angebote mit Zeugnissen und Lohnansprüchen erbitten unter Nr. 2579 an die Geschäftsstelle des Volksfreund.

Kräftige Bauschlosser

steht ein

Artilleriewerkstatt-Süd, Spandau.

Die Goldankaufsstelle

befindet sich in der Goldankaufswoche vom 17.—24. Februar im

Rathaus II. Stock, Zimmer Nr. 73.

Wir richten an alle Mitbürger und Mitbürgerinnen die herzliche und dringende Bitte, alle entbehrlichen Schmuckstücke in Gold, Silber und Juwelen der Goldankaufsstelle zu überbringen, wo sie abgeschätzt und bezahlt werden. Helfen Sie den Goldschaff unserer Reichsbank mehr und unserem Vaterlande des Durchhaltens ermöglichen. Die frohe Kunde vom ersten Friedensschlusse macht Ihnen den Entschluß dazu besonders leicht; werden wir doch mit Gottes und unserer siegreichen Waffen Hilfe nun bald einen allgemeinen Frieden erringen. Bis dahin aber gilt uns allen die Mahnung des Generalfeldmarschall v. Hindenburg:

„Alles Gold dem Vaterlande!“

Der Ehrenausschuß:

Stadtrat Otto Müller, Fabrikant, Vorsitzender, Stadtrat Rud. Dewerth, stellvertretender Vorsitzender, Fr. Ammann, Direktor des Vorshufvereins Breiten, Stadtratherr Dr. L. Anselment, Vorstand des Gewerbevereins Karlsruhe, Stadtratherr Dr. H. H. Hofmann, Dr. Verhoff, Geistlicher Rat Vodenstein, Staatsminister Dr. Freiberger von und zu Bodmann, Frau Hofmeister von Brauer, Frau Geheimrat Dr. Bürklin, Kaiserl. Bankdirektor Dierck, Stadtschulrat Dürr, Oberhofprediger Fischer, Vorsitzender des evangelischen Kircheneinigungsrats, Kammerstenograph E. Frenn, Obmann des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten, Major a. D. Karl von Frickling, Großkammerherr, Geh. Rat Dr. Gänauer, Direktor des Groß-Schulnastiums, Kommerzienrat und Stadtrat Fritz Domburger, Bankier, Geistlicher Rat und Stadtdelen Andrzej, Geh. Kommerzienrat H. Koelle, Präsident der Handelskammer, Chefredakteur und Stadtrat Kolb, Fabrikant G. Kühn, Stillingen, Frau Oberbürgermeister Lauter, Wirt, Geh. Rat Dr. Lewald, Präsident des Verwaltungsgerichtshofes a. D., Prinz Alfred zu Löwenstein, Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer, Geh. Rat Müller, Generalsekretär des Badischen Frauenvereins, Bürgermeister und Landtagsabgeordneter Neef, Eggensstein, Generalbebauungsdirektor Obermüller, Bruchsal, Geh. Oberpostamt, Kaiserl. Oberpostdirektor, Privatmann Ludw. Paas, Oberbaurat Prof. Nehbof, Direktor der Technischen Hochschule, Frau Professor Dr. Richter, Vorsitzende des „Nationalen Frauenbundes“, Generalleutnant Freih. Rind von Walbenstein, Garnisonarzt, Geh. Regierungsrat Dr. Seidenadel, Groß. Amtsvorstand, Oberbürgermeister Siegrist, Bürgermeister Dr. Zierau, Durlach.

Der Arbeitsausschuß:

Ortsbaurat a. D. Wilhelm Hummel, Privatmann Julius Kirsner, Baurat Professor a. D. Bischoff, Privatmann Friedrich Goldermann, Privatmann Eduard Regensburger, Frau Wirtl. Geheimrat von Chelius.

Schwimmhalle im Friedrichsbad

Jeden Mittwoch u. Samstag, abends von 6—10 Uhr:

Mit Kabinett Männer 20 Pf., Knaben 10 Pfg.



ODEON-MUSIKHAUS

KARLSRUHE

TELEFON Nr. 339

Freireligiöse Gemeinde.

Sonntag den 17. Februar, morgens ¹/₁₁ Uhr (pünktlich) im Saale Hebelstrasse 21, 2. Stock

Sonntagsfeier

„Das Ich und das Selbst.“

(Albert Segauer).

Eintritt frei. Gäste willkommen.

Kriegs-Ortsausschuß der Karlsruher Rasensportvereine.

Sonntag, den 17. Februar 1918

Stuttgarter Kickers gegen Phönix-Alemannia K. P. V.-Platz, nachmittags ¹/₃ Uhr (Spiel um den Verbands-Pokal.)

Pokalspiele des Kriegsortsausschusses:

Fußballverein Beiertheim geg. V. F. B. Karlsruhe Sportplatz Weierwald, nachmittags ¹/₃ Uhr.

Fußballklub Konkordia gegen Fußballklub Südster Karlsruhe V. F. B.-Platz, nachmittags ¹/₃ Uhr. 2582

Fußballklub Mühlburg gegen Germania Durlach Sportplatz Mühlburg, nachmittags ¹/₃ Uhr.

Gesucht werden:

Köchinnen für Privat
Mädchen für alles
Mädchen zum Anlernen sowie
Stundenfrauen für häusliche Arbeiten für sofort oder später.

Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienststelle Karlsruhe
Zähringerstr. 100., 2. Stock

Schnupvortrag

von Frau Luise Kautz mit darauffolgender Anmelddung für Kurse findet am Freitag, abends 8 Uhr, im Gasthaus zum „Strauß“ in Grödenwinkel statt.

Badischer Frauenverein.

Städt. Vierordtbad

Kohlensäurebäder und elegante Wannenküden.

I., II. und III. Klasse.

Für Herren und Damen geöffnet Werktags vorm. 8—1 Uhr, nachm. 3—5 Uhr, Samstags abends bis 9¹/₂ Uhr. Sonntags geschlossen.

Mittags 1 bis 3 Uhr geschlossen. 2185

Betten

mehrere komplette, sowie Säulen, Tische, Stühle und sonstige Haushaltungsgegenstände hat billig zu verkaufen

Jos. Rabold.

Anzusehen im Laden Schützenstraße 52 oder Marienstraße 31. 2571

Abhängige Tiere

aller Art kauft

Städtisches Gartenamt Karlsruhe. 2183

Modellschreiner

Guckpoker

sucht sofort

Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe (Baden).

Küchenschrank, Vertiko, Iwan, und ganz

Einrichtungen kauft

Ar- u. Verkaufsgeschäft, Markgrafstrasse 22.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Kriegsbüchergeldungen für die 2. Hälfte des Monats Februar 1918 findet nach Maßgabe der Ordnungszahl der Ausweisarten an folgenden Tagen statt:

D. 3.	1 bis mit 2900: Freitag, den 15. Februar 1918.
"	2901 " " 5800: Samstag, den 16. Februar 1918.
"	5801 " " 8700: Montag, den 18. Februar 1918.
"	8701 " " 11600: Dienstag, den 19. Februar 1918.
"	11601 " " Schlus: Mittwoch, den 20. Februar 1918.

jeweils vormittags von 8 Uhr bis 12¹/₂ Uhr und nachmittags ¹/₃ Uhr bis 6 Uhr im großen Rathsaal.

Im Interesse einer geordneten und raschen Abwicklung der Auszahlungsgeschäfte muß dringend darauf bestanden werden, daß die Bezugsberechtigten die vorgegebene Reihenfolge genau einhalten.

Karlsruhe, den 11. Februar 1918.

Das Bürgermeisteramt.

Städt. Handwagen-Vermietungsstellen

Gadswert 1, Kaiserallee 11, Fernsprecher 5350, und Adlerstraße 35, Fernsprecher Rathaus.

Neue Handwagen mit Bedienung durch Schüler für die Beförderung von Kohlen, Holz, Kartoffeln, Obst und dergl. zur Verfügung.

Die Miete einschließlich Bedienung beträgt für eine Stunde 75 Pf. Sie ist im voraus zu bezahlen.

Bestellungen sind im Interesse einer geregelten Zuweisung der Wagen an die Besteller am Tage vorher oder spätestens am Vorabend bis vorm. 9 Uhr anzubringen.

Das Bürgermeisteramt.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten. Julius, R. Franz Geißler, Schlosser, Marienstraße, R. Georg Lieb, Kaufmann, Günther Albert, R. Josef Vardach, Eisenbahnsekretär. Albert, R. Heinrich Matt, Kesselschmied, Josef Friedrich, R. Josef Ebermann, Gipsler. Heidegger, Anna Charlotte, R. Friedrich Kupper, Kaufmann; Edgar Manfred Amold, R. Paul Engler, Buchhalter, Emil Johann Baptist, R. Emil Joh. Baptist Demling, Elektromonteur, Alfred Hermann, R. Karl Kaufig, Unteroffizier.

Todesfälle. August Seib, Privatier, Chemiker, 66 J. alt, Linus Pommer, Feldbater, Witwer, 74 J. alt, Karl Erhard, Tapezier, ledig, 24 J. alt, Josefine Diez, 79 J. alt, Witwe von Johann Diez, Oberamtsrichter.

No. 4

Krie

Im Jan

füße an

151 Flug

übrigen jenk

hört sind.

Reisekonomie

Son den

De

Bevölkerung

Nach kurzem

deutschen M

gewählten R

den lüderlän

rollten sie, d

nalen ein h

mehr zu S

links die f

dichter zusam

te Verluste

lungen genou

relender Gel

die Matrosen

den Berhöft

Ausgangsste

Berlin

in

Berlin

Niederländi

„E.“ auf

nung der fu

sprach, keine

eine Front

bis jensei

Weste stets

große Geleie

amerikanische

Berlin

von gemein

den Front

tehnlich

dem „E.“

Wäch der M

W.D. B.

in durch den

Zweifel über

zweifelte Kap

tenegro und

George und

deutschen M

geben wor

delnd, wie

einem Staa

rücksichtslos

Statuten, die

hatten, die

wahrscheinl

eran“.

beringebrod

männer zu

terrieden zu

Berlin

öffentlich

den nach u

ersten Teil

bere der Dr

Dampfer u

Dyker. Die

famlich aus

den verie